

Der Volksstaat

Abonnementspreis für ganz Deutschland 16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 15ten Monat und auf den 1ten Monat besonders angenommen; im Kgr. Sachsen u. Herzgth. Sachf.-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 5 1/2 Sgr.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Ngr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 1/2 Ngr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 112.

Freitag, 25. September.

1874.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober beginnt ein neues Quartal und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 16 Sgr. (56 Kr. rh.) pro Quartal, 54 Sgr. (181 1/2 Kr. rh.) pro Monat für ganz Deutschland.

Alle deutsche Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

- für Deutschland 1 Thlr. 5 Ngr. (2 fl. 3 kr. rh.);
- für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 1 Thlr. 10 Ngr. (5 Fres.);
- für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 1 Thlr. 20 Ngr. (6 1/4 Fres.);
- für Spanien und für Amerika 2 Thlr.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (Druckerlohn) auf 17 1/2 Ngr. pro Quartal und 6 Ngr. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition dieses Blattes, Schürstraße 44, und bei Colporteur Müller. In der Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Markersdorf, Reudnitz, Neuschönefeld, u. s. w. bei Frau Friedrich, Rager Nr. 5, für Annaburg u. bei Teubert, Bernauerische Straße 19, für Klein-Weitzschauer und Umgegend bei Meißner, Nr. 37 daselbst, für Thonberg bei Horn, Hauptstraße Nr. 95, für Plagwitz und Lindenau bei Herrn Schuster, Merseburgerstr. 26, für Gohlis u. bei D. Peulert, Hauptstr. 19.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 1 1/2 Sgr. frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, Engelauerstr. 4 Treppen; — Rubenow, Brunnenstraße 34 Laden; Meyner, Elisabethkirchstr. 1; Vogel, Prinzenstr. 61. Kaufe, Bismarckplatz 2, 3 Tr.

Abonnements bei der Expedition, sowohl einzelne wie von Familien, welche nicht rechtzeitig erneuert worden, werden vom 1. Oktober an nicht mehr effektuiert.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

An die Abonnenten in Sachsen.

Bei Verweigerung der Annahme des Abonnements für Oktober sei eine Postexpedition, wollen sich die Betreffenden auf das Circular vom 16. März 1872 Nr. IV 2463 A berufen, wonach Monatsabonnements auf den „Volksstaat“ im Königreich Sachsen und Herzogthum Meissen-Altenburg zulässig sind.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Bekanntmachung.

Mit Beginn des 3. Quartals — 1. Oktober 1874 — werden alle Bestellungen auf den „Volksstaat“ für Leipzig und Umgegend nur gegen Vorausbezahlung, an der Expedition, angenommen.

Die Filial-Expeditionen sowohl als diejenigen, welche per Kreuzband oder Couvert beziehen und nach Verfluß von 8 Tagen nach dem Ersten jeden Monats die Abonnementsbeträge nicht eingesandt haben, erhalten keine weiteren Zusendungen.

Die Restanten, namentlich von Leipzig und Umgegend, werden ersucht, baldigst ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Wir ersuchen die Expeditionen derjenigen Zeitungen u., welche bisher Tauschexemplare sandten, auch für das 4. Quartal und das 5. Quartal zu lassen. Wir haben bereits für kommende Quartal je 1 Exemplar unseres Blattes für dieselben der Post überwiesen.

Die Expedition des „Volksstaat“.

ABC des Wissens für die Denkenden.

(Fortsetzung.)

Es geht, es wäre eine Fortdauer nach dem Tode möglich, und Zweck wäre Lohn oder Strafe, so muß beides gerecht sein, das Ganze glaubwürdig sein soll. Nun aber hat auf Erden die Menschennatur sich selbst gerecht und genügend belohnt und bestraft, so daß die jenseitige Vergeltung nach beiden Seiten zuviel thut, d. h. ungerichtet ausfallen würde. Vlos in dem Leben, daß die Menschengeellschaft zu der natürlichen Vergeltung eine weitere gestiftet hätte, und daß ihr Lohn und ihre Strafe dem Verhältnis zum Verdienste getreten wäre, bliebe dem Jenseits etwas ausgleichendes übrig. Für alle hienieden unbestraft gebliebenen Verbrecher und Vergehen würde dort die Strafe, für alle unbelohnt gelassenen bürgerlichen Verdienste würde dort der Lohn nachgeholt. Da jedoch der Fall fast alltäglich ist, daß ein derselbe Mensch in dem einen Falle eine Schuld, im andern Fall einen Verdienst hat, so müßte Jeder, der in die Hölle und auch in den Himmel kommen. Aber wie das möglich? Nur so, daß zuerst eine Zeitlang Hölle und dann die ganze Ewigkeit Himmel käme, oder umgekehrt. Allein

damit hört ja die Ewigkeit des Lohns oder der Strafe auf, welche vorausgesetzt war, und das Mißverhältnis wird nur immer schreiender. Verdienstüberschuß, der auch noch so gering wäre, würde nach einem kurzen Aufenthalt in der Hölle mit einer ewigen Himmelsfreude ausgeglichen; Schuldüberschuß, wenn auch noch so gering, würde, nachdem vorher der Geschmack an der ewigen Seligkeit recht geschärft worden wäre, durch hoffnungslose Verdammnis vergolten. Und wenn nun der biblische Wink dabei berücksichtigt wird, daß die Seligen sollen die Qualen der Verdammten mit ansehen können, sowie umgekehrt die in der Hölle Schwachtenden ihre Qualen durch das Anschauen des Glücks der Seligen verschärft finden: so tritt die bodenlose Ungerechtigkeit, welche dieser ganzen Weltanschauung zugrunde liegt, in ein abschreckendes Licht.

Sollen wir annehmen, daß Gott selbst solche Ungeheuerlichkeiten zu glauben und vorgeschrieben habe? — Das wäre Gotteslästerung; wir können uns keinen so ungeredeten Gott vorstellen, geschweige denn als heilig anbeten. Wir müssen also annehmen, daß Menschen diesen Glauben erdacht haben, deren Gerechtigkeitssinn noch sehr ärmlich ausgebildet war. Es kann diesen Religionsstiftern nie klar geworden sein, daß jeder Mensch das Geschöpf seiner Zeit und seiner Umgebung ist und daß seine Tugenden wie seine Laster nur zum kleinsten Theile auf seine eigene Rechnung fallen; daß es in der That immer nur Wenigen gelingt, sich zu sittlich freien, voll verantwortlichen Wesen auszubilden, während die Erziehung der großen Mehrzahl zu armselig bleibt, um sie durchaus zurechnungsfähig zu machen. Jene Religionsstifter müssen sehr deßhalb gewesen sein, wenn sie lehrten, daß jede böse That, weil eine Uebertretung göttlicher Gebote, der ewigen Verdammnis werth sei; daß jeder Mensch alle göttlichen Gebote vollständig und mit der rechten Gesinnung beobachten müsse, wenn er nicht dem höllischen Feuer verfallen sein solle; und daß, „weil da kein Unterschied ist, und wir allzumal Sünder sind,“ Jedermann bloß durch die göttliche Vergnadigung, Christus zuliebe, gerettet werden könne. Alle diese acht christlichen Lehren sind mit allen unsern heutigen Begriffen von Gerechtigkeit im unversöhnlichen Kampfe. Die Menschen sind noch und nach diesen entsetzlichen Vorstellungen entworfen, ihr sittliches Gefühl ist reiner, edler, folgerechter geworden. Sie haben kaum noch ein Verständnis für jene alten Dichtungen, und selbst die noch theilweis Gläubigen haben längst wenigstens dem Teufel und der Hölle den Abschied gegeben und neigen zu der Annahme, diese beiden Begriffe seien bloße Drohungen oder Warnungen; denn die göttliche Gerechtigkeit werde schließlich doch alle Menschen befeligen. Allein diese Annahme ist ganz gewiß nicht christlich; es hat kein Christ das mindeste Recht, sich aus den Sagen seines Glaubens diejenigen anzulesen, welche ihm gefallen, und die übrigen zu verwerfen. Der Teufel und die Hölle, die ewige Seligkeit, die nur durch vollkommenen Glauben und durch göttliche Gnade erworben werden kann, und die ewige Verdammnis, welcher alle verfallen sind, so weit sie nicht durch Christi Verdienst gerettet werden, gehören nothwendig zum Christenthume. Das letztere kann man nur entweder ganz annehmen, oder ganz verwerfen; es ist aus einem Stück. Die schließliche Seligkeit Aller, ist eine ganz moderne abgeschmackte Erfindung der Halben.

Aber auch sie fällt bei näherer Betrachtung in nichts zusammen. Sie kann nicht mehr den Zweck haben, welchen die ächt-christliche Seligkeit hat, nämlich die Seligen als Engel Gott in alle Ewigkeit lobsingen und ihn preisen. Diese langweilige Seligkeit wäre in der That unaussprechlich. Man hat deshalb einen andern Zweck erdacht, den der unendlichen Weiterentwicklung. Wir sollen, so heißt es, wachsen an Erkenntnis des Weltalls und Gottes und an Tugend, indem wir unter höhere und höhere Bedingungen der Entwicklung versetzt werden. Also ein Zugeständnis an die neuere Wissenschaft, in welcher die Entwicklung die Hauptrolle spielt. Nur schade, daß der Leib, dessen Blüthe die Seele ist, verwesen und dahinten bleiben muß. Nach menschlichen Begriffen aber — und andere haben wir nicht — ist die Seele an den Leib gebunden, der sie zur Blüthe gebracht hat, und es fehlt uns alle und jede Erfahrung davon, ob eine Seele ihren Leib verlassen und sich mit einem andern verbinden könne. Es ist dies sogar mit allen unsern Erfahrungen im Widerspruch. Denn jeder neue Leib müßte seine eigene Seele erzeugen, könnte also keine fremde beherbergen. Die Vorstellung von einer Seele als etwas Besonderem, vom Leibe Verschiedenem, ist überhaupt ganz aufzugeben. Dieser Ausdruck ist entweder gleichbedeutend mit Leben, oder mit Geist, und in beiden Fällen überflüssig; die Wissenschaft spricht deshalb bloß noch vom Körper und vom Geiste des Menschen; und eine Möglichkeit, daß diese beiden sich von einander trennen, ist ihr ganz undenkbar. Sie weiß, daß beide mit einander wachsen und abnehmen, erkranken und gesund werden, daß eines auf Kosten des andern überwiegen und das geschwächte Verhältnis beider stören kann, und daß selbst im Schlafe nicht der Geist vom Körper unabhängig wird, oder umgekehrt, sondern daß nur eine einzige der geistigen Thätigkeiten, das Selbstbewußtsein, ruht, eben damit der Körper völlig anwesend bleibt. Die Wissenschaft heilt geistige Krankheiten, indem sie auf den Körper einwirkt, der immer irgendwie gleichzeitig erkrankt ist; sie vermag ein Stück des Gehirns wegzuschneiden, ohne daß nothwendig das Leben erlischt, dabei schneidet sie aber gleichzeitig eine bestimmte geistige Kraft mit hinweg, welche in diesem Theile ihren Hauptsitz hat. Kurz, wieviel ihr auch noch von den Thätigkeiten des Geistes und seines Organs im Gehirn unbekannt sein mag — das Eine weiß sie ganz gewiß, daß mit dem Körper sein Geist stirbt und als Einzelheit, als besonderes geistiges Wesen, nicht fortbestehen kann.

Ob seine Errungenschaften an Wissen, Denkkraft und Können

damit dem All verloren gehen oder in einem Gesamtgeiste erhalten bleiben, davon werden die Menschen nun und nimmer etwas wissen, und das kann ihnen im Grunde ganz einerlei sein. Denn ihr ganzes Interesse an der Unsterblichkeit hängt ja bloß an der persönlichen Fortdauer, am Bewahren ihres Selbst in alle Ewigkeit. Wenn es damit nichts ist, so werden sie mit demselben Gleichmuth, mit welchem sie sich in den Gedanken süßen, ihren Leichnam an die Stoffe des Weltalls zurückgeben zu müssen, auch mit der Nothwendigkeit sich versöhnen, ihren aufgespeicherten geistigen Schatz an die geistige Erbschaftsmasse des All zu verlieren, ohne daß eine Spur ihres Selbstbewußtseins zurückbliebe.

Und nicht eher, als bis der Unsterblichkeitsglaube bei Allen dahingefallen ist, wird Jeder das einzig wirkliche Leben recht benutzen, seine ganze Pflicht erfüllen, seine wahre Seligkeit genießen.

Die menschliche Willensfreiheit.

Von der ganzen alten Dogmatik und den weitausläufigen Bekennnisschriften einer dunklen Vergangenheit war neuerdings im Glauben der einigermaßen denkfähigen Menschen nichts übrig geblieben als die drei Worte: Gott, Unsterblichkeit und Freiheit. Wer nur an diese drei Worte glaube — er mochte sich übrigens dabei denken, was ihm beliebte — der war ein wahrer Gläubiger und Mensch, mochte er sich einen Juden, Christen, Mohamedaner oder Heiden nennen, und wer nach diesen Grundwahrheiten lebte, der war ein Bruder und gleichberechtigter.

Allein auch diese drei Worte sind im Fortschritt der Erkenntnis bedeutungslos geworden. Wir haben dies bloß noch am Begriff der menschlichen Willensfreiheit nachzuweisen. Wir werden finden, daß es zwar eine solche gibt, aber daß sie etwas ganz Anderes bedeutet, als man sonst annahm, so daß man sie ebenso gut auch mit einem ganz andern, ja gegenheiligen Namen benennen darf.

Ueber diesen abstrakten Begriff der Freiheit haben viele der scharfsinnigsten Männer dicke Bücher geschrieben und doch das Wesen der Sache im Halbdunkel gelassen. Wir wollen das letztere jedem Denkenden in wenig Worten vollkommen klar machen.

Der Mensch ist so organisiert, d. h. er hat sich im Verlauf seiner Geschichte so entwickelt, daß er sich nothwendig einbildet, jede seiner Thaten, zu welcher er nicht geradezu gezwungen ist, sei seine eigne freigewollte That, welche er ebenso gut auch hätte unterlassen, oder mit ihrem Gegentheil, oder einer noch andern vertauschen können, und daß er sich dafür Verdienst oder Schuld anrechnet. Diese Anrechnung nennen wir Gewissen.

Diese Einbildung ist deswegen nothwendig, weil der Mensch ein selbstbewußtes Wesen ist, welches weiß, oder doch in der Regel wissen kann, was es zu thun willens ist, und sich vom sittlichen Werth seiner Handlungen Begriffe, und für sein gesamtes Handeln Gesetze bilden kann. Es geht also jede seiner Handlungen, wenn dazu Zeit genug vorhanden ist, und äußerer Zwang fern bleibt, durch sein Selbstbewußtsein hindurch und wird von einer sittlichen Beurtheilung begleitet. Das Leben hätte gar keinen Reiz für ihn, wenn er sich seine Thaten nicht zurechnen könnte. Der Sklave, welcher immer nur seines Herrn Gebot ausführen muß, verliert ebendeshalb alle Selbstachtung und fühlt sich dem Thiere gleichgesetzt. Der Mensch muß also aus Liebe zum Leben, zu sich selbst und seiner Würde, sich jede seiner Thaten als seine That lobend oder tadelnd zurechnen, weil er sie selbstbewußt gewollt hat. Er muß dies, selbst nachdem er genau kennen gelernt hat, daß er fürwahr nur einen verschwindend geringen Antheil an jeder seiner Handlungen hat. (Schluß folgt.)

Ausbeuter-Spitzbüberei

nennt die New-Yorker „Arbeiterzeitung“ das Verfahren dortiger Arbeitgeber. Der Ausdruck ist scharf, aber eher zu wenig denn zu viel, wenn man die Spitzbübereien übersehen, welche das genannte Blatt anführt. Wir lesen da:

„Bei der „Arbeiterinnen Schuh- und Hülfsgesellschaft“, Nr. 37 Bleckerstr., sind folgende Fälle von Betrügereien u. dergl. gegen arme Arbeiterinnen eingeklagt worden.

Herr Tompkins hält in 61 Barclay Str. eine Wäscherei und läßt sich von seinen Arbeiterinnen ein Vermögen aus schmutzigen Kleidungsstücken herauswaschen, da dies aber dem Ausbeuter zu langsam ging, so riß er aus, um das Reichwerden auf einem andern Platz zu versuchen — ohne seine Arbeiterinnen bezahlt zu haben.

— Ein saubere Schneiderboß (Meister) ist ein Subjekt Namens Harg, 52 Ridgestr. Derselbe stellte zwei Mädchen ein, welche er, nachdem er sie drei Tage ausgehunden, mit dem Bescheid entließ: Er habe kein Arbeit und kein Geld. Der auf diese Art geraubte Arbeitslohn macht 6.68 Doll.

— Eine Spitzhübenbande, welche unter der Firma Carrier u. Co. arme Mädchen um den Lohn betrügt, residirt Ecke Canal und Broadway. Sechs Klagen im Betrage von 82 Doll. sind gegen dieselbe anhängig.

— Ein Mädchen vom Lande, Namens Mary Boyle, von Roseville, Staat Irland, gerieth in die Klauen des E. W. Smith, 631 8. Avenue. Für neun Duzend Uebermüthe empfing sie statt des akkordmäßigen Hungerlohns von 6.50 Doll. nur 3.68 Doll. Den Rest steckte der Ausbeuter in die Tasche.

— Nicht unerfahren in der Kunst, auf Kosten armer Mädchen Geld zu machen, ist der Ausbeuter Kromer, 357 Canalstr., der 1 Doll. für ein Duzend Unterleider zu machen verspricht und wenn sich Duffer gehörig abgehunden, den Lohn nicht ausbezahlt. Von der gleichen Sorte sind die Schacherer Fields & Co. in Grantstr., deren Verkäuferin, wenn sie ihren Lohn will, das Gericht in Anspruch nehmen muß! —

Hübische Zustände! Ob unsere deutschen Bourgeois wohl den Muth haben werden, diese amerikanischen Spitzbuben als ihre Kollegen in puncto der Ausbeutung zu reklamiren? Viele haben das freilich nicht erst nöthig, man kennt sie auch ohnedies.

Unsere wadere Collegin, die „Arbeiterzeitung“, welche stets treu und unermüdet für die Interessen der Arbeiter auf der Hut ist, warnt ferner vor einem neuen Goldgräberschwindel, der ganz geeignet ist, vertrauensselige Arbeiter anzuloden. Durch solche angebliche „Goldländer“ sind schon viele Arbeiter in das tiefste Elend, ja in den Tod gestürzt worden und wir bringen deshalb den Artikel unserer amerikanischen Collegin über das neue „Goldland“ ganz zum Abdruck. Derselbe lautet:

„Ein Schwindel. Sämmtliche Tagesblätter sind voll von übertriebenen Schilderungen von den fabelhaften Schätzen, welche die auf Kosten der Vereinigten Staaten ausgerüstete Expedition zur Erforschung des fernen Westens unter General Cassar in den sogenannten schwarzen Bergen, Black Hills, im Territorium Dakota gefunden haben soll!

Die Sensationspresse ist auf dem besten Wege, soweit es in ihrer Macht steht, eine zweite Auflage des kalifornischen Goldsüßers von ehemals hervorzurufen! Mit am tollsten treibt es das deutsche Hauptorgan für alle nichtswürdigen Schwindereien, die „New-Yorker Staatszeitung“. In einem Leitartikel, betitelt: „Offizielle Kunde aus den schwarzen Bergen“, sagt sie: „Bismarck hat Glück. Kaum ist das Blei (?) aus dem Kuhlmann'schen Pistol glücklich an seinem Handgelenke vorbeigefreist, als auch schon neuer Glanz, und zwar der des Goldes, sich um den Namen „Bismarck“ zu verbreiten beginnt. Das kleine Nest, welches den Namen des großen Reichskanzlers trägt, — die Station an der Kreuzung der Nordpazificbahn und des Flusses Missouri — hat alle Aussicht, zu ganz unerwarteter Bedeutung heranzuwachsen.“

Im gleichen Blatte berichtet die Lügenbase ferner, wie ein Goldgräber mit leichter Mühe 100 Doll. per Tag Gold machen könne u. s. w.

Die Bismarck'sche Speichelleckerei ist zu ekelhaft, als daß man darauf eingehen könnte; es können hier bloß einige Thatsachen, welche den ganzen Schwindel bloßlegen, erwähnt werden.

Dem henteilustigen Gefindel, welches sich bereits in den Grenzgegenden von Bismarck u. dgl. angesammelt hat und zu einem Raubzug in jenes Gebiet vorbereitet, gibt der Oberkommandant der Vereinigten Staaten-Armee folgende Warnung:

„General-Lieutenant Sheridan verbietet allen Goldsuchern, die nicht vom Sekretär des Innern oder vom Congreß die Erlaubniß dazu erhalten, den Eintritt in die Black Hills-Region.“

Dieses Land gehört nämlich vertragsmäßig den Sioux-Indianern, einem sehr kriegerischen und gut bewaffneten Stamm, welcher sich auch bereits zur Verteidigung seines „Vaterlandes“ gegen die goldgierigen und mordlustigen „Bleichgesichter“ vorbereitet.

Eine weitere Abkühlung erfahren die Reklamenblätter durch die Berichte der Expedition begleitenden Miners, laut welchen die Goldausbeute, bei mühseliger Arbeit und unter günstigen Umständen, kaum 10 Doll. per Tag beträgt.

Der Schlüssel aber zu der ganzen Expedition sowohl als auch zu den märchenhaften Gerüchten über dieselbe, liegt in dem Umstande, daß der Weg zum neuen Eldorado über die North-Pacific-Eisenbahn führt, an welcher auch die „Bismarck“ getauften Blockhäuser liegen.

Diese Eisenbahn gehört bekanntlich der ehrenwerthen Firma Jay Cook & Co., deren Fall die letzte Panik inaugurierte. Für eine Summe von nahezu 30 Millionen Dollars befinden sich Aktien in den Händen der hohen Bourgeoisie, ja selbst in den allerhöchsten Händen der Exaltationsbeamteten zu Washington. Die Papiere sind werthlose Wische, wenn nicht ein „günstiges Ereigniß“ den Kurs der Nord Pacific Eisenbahn-Aktien, der unter Null steht, in die Höhe schnell!

Nun heißt es, daß in dem betreffenden Departement zu Washington schon seit Jahr und Tag Berichte von Vereinigten Staaten-Offizieren liegen, welche den Wasser-, Vegetations- und Mineralreichthum des Landes beschreiben. — Es bedarf nur eines gehörigen „Puffs“, um einen Strom von Einwanderern in jene Gegenden zu lenken, und dann werden aus dem Lande, welches selbstverständlich vorher in die „richtigen“ Hände kommt, ungeheure Summen gefloßt, — die Aktien steigen und das „Geschäft“ blüht! Um die „Reklame“ aber in solcher Form loszulassen, daß „es zieht“, müssen die Vereinigten Staaten eine wissenschaftlich-militärische Expedition anrücken, welche erforschen soll, „was man schon längst wußte“. An Geld hat's ja nicht gefehlt, es liegt im Staatschatz, welchen die Spekulanten in ihrer Gewalt haben. Die Operation ist nun im Gang, die käufliche Presse hat ihr Möglichstes im Anpreisen derselben geleistet. — Ob sie den Zweck, welchen die Veranstanter im Auge haben, vollständig erfüllt, muß die Zeit lehren. — Eins aber hat sie schon erfüllt, sie zeigt den Arbeitern, wie die Bourgeoisie alles profitirt und ihren Zwecken, der Geldmacherei, dienlich macht. — Wenn neulich ein deutsches Parteiblatt sagte, „daß die europäische Bourgeoisie vereinst Kriege, wie gewöhnliche Börsenspekulationen, rein des „Profites“ wegen unternehmen und von den Regierungen durchführen lassen werde“, so sehen wir hier, wie der „praktische“ Yankee seinen Klassengenossen der alten Welt wieder einmal mit dem „Beispiel“ (freilich nur im Kleinen) vorangeht. — In diesem Augenblick erwidern die Vereinigten Staaten-Truppen im fernen Westen das Kriegsgeheul der Indianer mit Salven von Flintenschüssen, damit das „Geschäft“ der Herren Jay Cook & Co. wieder auf die Beine kommt!

Politische Uebersicht.

„Heidenmäßig viel Geld haben wir“, sagte Mantuffel, und es wird mit „heidenmäßigem“ Virtuosität verwendet. Wir lesen darüber in der „Boschischen Zeitung“:

„Die neue Gewehrausrüstung der deutschen Armee beansprucht für sich allein die Summe von 45 Millionen Thaler, und schwerlich dürften sich die Aufwendungen für neue Geschütze geringer stellen. Dazu treten dann noch die vielfachen anderen in dem Ausrüstungsstand der Armee verfügten Aenderungen, und gering geschätzt, darf der so allein nur während der letzten vier Jahre durch alle die auf dem Gebiet des deutschen Heerwesens eingeführten Verbesserungen und Neugestaltungen bedingte Geldaufwand, sicher nicht unter 120 bis 150 Millionen Thaler veranschlagt werden. Auch mit diesen ungeheuren Beträgen kann jedoch ein definitiver Abschluß dieser Aufwendungen noch nicht entfernt garantiert werden; denn in allen Staaten befindet sich die Waffentechnik und Geschützfabrikation im unausgesetzten Fortschreiten begriffen, und eine nächste gelungene Erfindung würde sich im Stande erweisen, dieselben riesenhaften Ausgaben von Neuem zu bebingen. Die gleiche Erscheinung bietet sich in einem noch weit höher gesteigerten Maße auch auf dem Gebiet der Marine, wo sich eben jetzt wieder einerseits durch die

neuen englischen Panzerkloßer Devastationsklasse (eig. Verwüstungsflotte, das heißt nach Art des englischen Panzerschiffs Devastation — Verwüstung) und andererseits durch die in beinahe allen Seestaaten auf Eifrigkeit verfolgte Konstruktion von unterseeischen und auf hoher See verwendbaren Torpedobooten, der Fortbestand der kaum erst mit den ungeheuersten Geldopfern begründeten neuen Panzer-Schlachtsflotte erneut in Frage gestellt findet.“

Und die „Staatskasse“ für die vor halb zwei Jahren überschwemmten Ostpreußen? Die „Staatskasse“ für das abgebrannte Meiningen? Wer hat etwas davon gesehen? Unsere Steuern müssen eben auf andere Dinge, auf die Krupp'schen Gussstahlgeschütze, Mansergewehre, Festungen, Panzerschiffe, Torpedos und andere „sittliche Grundlagen“ des Reiches verwendet werden. Ganz abgesehen von den 30 Millionen Mehrausgaben, die durch das Militärgesetz entstanden sind! Macht nur so fort! Und ihr „deutsche Männer“, feiert Sedantage, errichtet Bismarckstiftungen und so fort. Daß Euer Geld mit sammt den Milliarden etwa nicht alle wird, davor braucht Euch gar nicht bange zu sein! Und wenn Euch dabei wohl ist — wir gratuliren!

— „Volkszeitungs-Demokratie“. Wir geben gerne zu, daß es auch unter der liberalen Bourgeoisipresse einige Blätter giebt, die nicht ohne Weiteres den Maßregeln der Polizei, durch welche das Vereinsrecht für die Arbeiter vollständig todtgeschlagen ist, zugestimmt haben. Sogar liberale Bourgeoisblätter haben sich dahin ausgesprochen, daß mit einem Maße gemessen werden müsse, wenn man überhaupt von „Gesetz“ reden wolle und daß die bloße „reichsfeindliche“ Tendenz eines Vereins kein Grund für eine Auflösung desselben sei. Seine Polizeimaßregeln vollständig und schrankenlos zu rechtfertigen blieb erst einem Blatte vorbehalten, das ab und zu sogar die Unverschämtheit besitzt, sich „demokratisch“ zu nennen.

In Koblenz ist nämlich ein Kriegerverein von den kammernenden Behörden aus dem Grunde aufgelöst worden, weil er einige ultramontane Mitglieder zählte. (S. vor. Nr.) Aus Anlaß dieser Maßregel schreibt nun der große „Demokrat“ Bernstein in der „Volkszeitung“, im Einklang mit seinen neulich gezeichneten Artikel über das Vereinsrecht:

„Freilich soll all dies (die Auflösungen der Vereine) einzig und allein gegen die sogenannten Reichsfeinde, die Ultramontanen und Sozialdemokraten geschehen; aber in einzelnen Fällen sehen wir auch Vereine davon betroffen, denen man in ihrer Wirksamkeit keinen Vorwurf machen kann. In Koblenz existierte ein Kriegerverein, der seinen Statuten nach nur patriotische und kameradschaftliche Zwecke verfolgte, und der sich die Aufgabe gestellt hat, die Anhänglichkeit an das angestammte Herrscherhaus, sowie an das glücklich geeinigte deutsche Vaterland stets aufs Neue zu beleben.“ Ließe sich nun nachweisen, daß dieser Verein irgend Etwas gethan oder beschlossen oder auch nur hat erzielen wollen, was dieser Tendenz widerspricht, so könnte man sich wohl denken, daß eine Auflösung desselben gerechtfertigt wäre.“

Da haben wir's! Wo keine „reichsfeindliche“ Tendenz vorhanden, ist die Auflösung „gerechtfertigt“. Da steht's mit dünnen, nackten Worten im Organ des „Arbeiterfreundes“ Duncker, da steht's im „demokratischen“ Organ der Herren Bernstein und Nathan Schlesinger! Wir bezweifeln, daß die „Kreuzzeitung“ zu jener Zeit, als sie von Wagener und Gerlach redigirt wurde, den traurigen Muth besessen hat, die willkürlichsten Polizeimaßregeln so offen zu rechtfertigen. Seht's Euch genau an, ihr Arbeiter in den Gewerksvereinen, was man in der „Volkszeitung“ von der Vereinsfreiheit denkt!

— Aus der Schweiz geht uns folgendes Altesstück zu: „Das Centralcomité an die Mitglieder der Centralisation der deutschen Vereine in der Schweiz.“

Werthe Genossen! Wir sind gezwungen, über den Stand unseres Organs, des „Felleisen“, ein ernstes Wort an Euch zu richten.

Nachdem das „Felleisen“ bis zu Ende des vorigen Quartals vierzehntägig erschienen und dabei einen Ueberschuß nicht ergeben hatte, trotzdem bis vor Kurzem unsere Centralisation noch vollständiger war, glaubte man plötzlich durch achtstägiges Erscheinen eine bessere Wirksamkeit entfalten zu können. Es wurde deshalb ein diesbezüglicher Antrag an Euch gestellt und angenommen. Dem Plane, das „Felleisen“ achtstägig erscheinen zu lassen, lag folgende Berechnung zu Grunde:

Man glaubte, 1100 Exemplare theils an die Vereine, theils an Privatabonnenten absetzen zu können und berechnete deshalb die Einnahmen pro Exemplar und Vierteljahr auf 80 Cts., was eine Jahreseinnahme von Frs. 3520 ergeben haben würde.

Die Ausgaben bezifferten sich nach dieser Aufstellung für Satz, Druck und Papier per Nummer auf 62 Frs., was im Jahre 3242 Frs. betragen haben würde.

Die Expedition wurde von einigen Genossen des Vereins Zürich unentgeltlich übernommen und die unumgänglichen Kosten auf 4 Frs. per Nummer veranschlagt, was im Jahre 208 Frs. ergeben haben würde.

Für Redactions- und sonstige Kosten wurde gar nichts veranschlagt und auch keinerlei Verluste in Betracht gezogen. Nach dieser Rechnung hätte sich ein jährlicher Ueberschuß von 88 Frs. ergeben.

Nachdem wir eine kurze Zeit das „Felleisen“ haben achtstägig erscheinen lassen, müssen wir der Thatsache gemäß folgende Rechnung vorlegen:

Nach einer genauen Zusammenstellung aller Abonnenten beläuft sich die Zahl derselben auf 926 (incl. der Privatabonnenten), der Preis pro Vierteljahr ist 80 Cts., was eine Gesamteinnahme von 740 Frs., 80 Cts. im Quartal ergibt. Der Druck des „Felleisen“ beläuft sich bei 1000 Exemplaren pr. Nummer auf 60 Frs., was in einem Vierteljahre 780 Frs. ergibt. Die Expeditionskosten belaufen sich in demselben Zeitraum auf 52 Frs. und Porto und sonstige Spesen auf 20 Frs.

Die Redaction ist zwar nach wie vor unentgeltlich besorgt worden, doch wurden der Redactions-Commission für die unumgänglichsten Auslagen, Zeitungsabonnements u. s. w. pr. Monat 10 Frs. bewilligt.

Es ergibt sich demnach bei einer Einnahme von 740 Frs., 80 Cts. pro Vierteljahr eine Ausgabe von 882 Frs., so daß im genannten Zeitraum ein Defizit von 141 Frs., 20 Cts. verbleibt.

Hierzu kommt aber noch, daß erfahrungsgemäß, schlecht gerechnet, 125 Abonnements nicht gezahlt werden, wodurch sich das Defizit um weitere 100 Frs. pro Vierteljahr erhöht, und sich demnach auf 241 Frs., 20 Cts. beläuft.

Wenn wir das „Felleisen“ in der jetzigen Weise bis Ende dieses Jahres fortführen, so würde sich ein Defizit von ca. 500 Frs. herausstellen, was mit dem Betrage von 745 Frs., 15 Cts.

1250 Frs. ergibt, eine Summe, deren Ausbringung unsere Centralisation jetzt besteht, übersteigt.

Unter diesen Umständen dürfen wir auch keineswegs hoffen, daß die ausgetretenen Vereine sich der Centralisation wieder anschließen werden. Wir sehen deshalb nichts Anderes voraus, als eine jährliche Vermehrung des Defizits von mindestens 1000 Frs. Wir müssen unter solchen Umständen erwarten, daß unsere Centralisation noch ganz auseinander geht. Um dies zu verhüten, sehen wir kein anderes Mittel, als mit Ende dieses Quartals das Erscheinen des „Felleisen“ einzustellen. Sollte man das Blatt weiter erhalten, so müßten zu den oben angegebenen Ausgaben nur noch mehrere kommen, um tüchtig Kräfte für die Redaction heranzuziehen und einschädigen zu können und dann würde sich's noch sehr fragen, ob sich die Abonnenten zahl so heben würde, um Defizits zu verhüten.

Wir legen deshalb nothgedrungen den Mitgliedern unsere Centralisation hiermit die Fragen vor:

Soll das „Felleisen“ noch wie bisher nach diesem Quartal stätig erscheinen?

Oder soll es vom 1. Oktober an als monatliches Correspondenz-Blatt unter dem Namen „Felleisen“ für Besprechung der inneren Parteiangelegenheiten fort bestehen und in der Typographie der „Tagwacht“ gedruckt werden?

Wir bitten, diese Fragen entweder mit Ja oder Nein zu beantworten und uns das Resultat mit genauer Angabe der Stimmenzahl bis spätestens den 25. d. M. zu übermitteln.

Sollten sich die Mitglieder mit den beiden Fragen nicht einverstanden und ein anderes Parteiorgan an die Stelle des „Felleisen“ wünschen, so können wir nur nachstehende Blätter in Betracht ziehen, nämlich: „Der Volksstaat“ und „Die Tagwacht“.

So sehr wir darauf dringen müssen, daß ersterer als Centralorgan der sozialdemokratischen Partei in allen Vereinen geliebt wird, so wenig können wir hoffen, daß unsere Angelegenheiten einen besonderen Theil im „Volksstaat“ in Anspruch nehmen können. Bei der Größe des Gebiets, für welches der „Volksstaat“ Organ dient und bei dem regen Partei- und Gewerkschaftleben sehen wir, daß ohnehin der Raum des genannten Blattes sehr in Anspruch genommen ist, so daß Einsendungen und Correspondenzen vielfach gekürzt werden müssen. Deshalb wurde auch auf dem letzten Congreß in Coburg die Frage angeregt, ob man nicht für alle Einsendungen von Gewerkschaften eine gewisse Einrückungsgelühr festsetzen wolle. Dieser Anregung wurde zwar mit Rücksicht auf die Entwicklung des Gewerkschaftswesens nicht Folge gegeben, aber immerhin ist damit der Beweis geliefert, daß der Raum des „Volksstaat“ sehr beschränkt ist, wenn er seine Aufgabe als Centralorgan der Partei erfüllen will.

Ganz andere Umstände kommen in Betracht bei der „Tagwacht“. Zunächst ist hier zu bemerken, daß die „Tagwacht“ die einzige sozialdemokratische Organ in der schweizerischen Arbeiterbewegung ist. Wir leben in der Schweiz und sind ohnehin jeder gewerkschaftlichen Bewegung zur Verbesserung unserer ökonomischen Lage auf die schweizerischen Arbeiter und deren Organe angewiesen.

Unsere Centralisation als abgeschlossener nationaler Körper haltlos und kann nur dann eine Zukunft haben, wenn sie sich ein eifriges Glied der schweizerischen Arbeiterbewegung bewährt. Gerade die Vernachlässigung dieses Umstandes hat die meisten und größten Vereine aus der Centralisation hinausgedrängt. Es ist eine Lebensfrage für unsere Centralisation, mit dieser sonderbündlerischen Bewegung entschieden zu brechen. Sobald dies unser ernstester Wille sein kann es fast nicht fraglich sein, welches Organ wir für unsere Angelegenheiten benutzen wollen. Der erste Schritt in dieser Richtung würde sein, daß wir für unsere Angelegenheiten die Benutzung der „Tagwacht“ in Aussicht nehmen.

Insmerhin ersuchen wir die Vereine, diese Frage zu diskutieren und ebenfalls durch Abstimmung zu entscheiden und das Resultat gleichfalls mit dem andern an uns einzusenden.

Möge diese wichtige Abstimmung so ausfallen, daß nach langem schädlichem Hader wieder Friede und Eintracht in der schweizerischen Arbeiterbewegung Platz greift. Dann können wir auch erwarten, daß unsere ausgetretenen Brudervereine sich der Centralisation wieder anschließen werden.

Hoch die Sozialdemokratie!
Ritrich, den 9. September 1874.
Die Redactions-Commission.
Basel, den 14. September 1874.
Das Central-Comité.

— Zur Landarbeiterfrage. Folgende offiziöse Notiz geht durch die Blätter:

„Von der Commission, welche im vorigen Jahre zur Berathung über die ländliche Arbeiterfrage niedergelegt war, u. A. eine Revision der Gesetzgebung über die Gründung neuer Anstaltungen beauftragt. Um die Anstellung ländlicher Arbeiter mit kleinem Grundbesitz zu befördern, hat die Commission die Beseitigung der bestehenden gesetzlichen Eschwerungen der Anstellung, soweit sie nicht auf sicherheitspolizeilichen Gründen beruhen, empfohlen und einen dahin zielenden Gesetzentwurf vorgelegt. Die betreffenden Ministerien sind der Angelegenheit unter der Prüfung des Entwurfs unter Einholung der Äußerungen der Provinzial-Beörden inwischen näher getreten.“

Es ist dies das bekannte, seit Jahren von den feudalen Landjunkern empfohlene Rezept zur Lösung der Landarbeiterfrage. Die „kleine Grundbesitz“ soll, wie seinerzeit von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ungenirt eingestanden wurde, zu klein sein um den Mann zu ernähren, aber groß genug, ihn am Fortwährend zu hindern. Es handelt sich also um nichts mehr und nichts weniger als die systematische Züchtung eines an die Schicksale gefesselten Landklavengeschlechts — was die Erfüllung sozialer Jander-Ideals.

Die Brandstiftungen der Communevertheidiger.

(Von einem Augenzeugen*).

Die Äußerungen von Herrn Heinzen in seinem letzten, vieler Nummer des Pionier erscheinenden Reisebrief über die Folge der Communevertheidigung in Paris entstandenen Brandruinen, veranlassen mich, einige Bemerkungen über dieses von allen Seiten so irrig besprochene Thema zu machen. Ich kann dies mit um so mehr Befugniß thun, als ich mit Ausnahme von 5-6 Tagen, während welcher ich vermittelst eines Passes von der amerikanischen Gesandtschaft aus Paris herausgegangen war,

* Obenstehender Artikel, der in Abwesenheit des Herrn Karl Heinzen, im „Pionier“ (Boston, America) anonym erschienen ist, hat eben dar den in Boston befindlichen Gen. von der Ende zum Verfasser zwar für Heinzen schwärmt, aber darüber noch nicht vergessen hat, Wahrheit die Ehre zu geben.

mich die ganze Dauer des Communezustandes über, in der fran- zösischen Hauptstadt befand. Wie ich dazu kam, als Deutscher in jener Zeit in Paris anwesend zu sein und in Folge dessen Gele- genheit zu haben, dem sich daselbst abspielenden mächtigen Drama von Anfang bis zu Ende persönlich beizuwohnen, werde ich viel- leicht noch im Laufe meiner kurzen Redaktionszeit den Lesern des Pionier mittheilen. Für heute genüge quasi zu Legitimation dessen, was ich sagen werde, die Angabe, daß ich durch eine Ver- letzung von Umständen schon am 30. Januar 1871, am Tage der Besetzung der Forts durch die deutschen Truppen, mit dem Schweizer Oberst Franz v. Erlach, damaligem Correspondenten des Berner "Dund" und des "Journal de Genève", als erste deutsche Civilperson nach der Belagerung in das "moderne Vatel" hineingelangte, daß ich Mitte Februar nach kurzem Aufenthalt in Versailles wieder dahin zurückkehrte, am 1. März den Einzug der deutschen Truppen in Paris, unter das französische Publikum ge- mischt, mit ansah, am 18. März mich während des ganzen Tages auf dem Montmartre selbst oder in nächster Nähe desselben auf- hielt, dann im Laufe der Herrschaft des Comité Central und später der regelmäßig gewählten Communalregierung mit den verschiede- nen damals hervortretenden Persönlichkeiten in Verbindung kam und erst Mitte Juni, also über 14 Tage nach Einzug der Ver- sailles, Paris für einige Zeit verließ. Es würde dies Alles aller- dings ohne einige besondere noch zu erwähnende Nebenstände nicht sehr viel für meine Urtheilsfähigkeit in Bezug auf die Hand- lungen der Commune sagen, denn man kann recht gut Ereignissen und Vorgängen, und besonders so ausgedehnten und complicirten, wie sie die Commune umfaßt, beigewohnt haben, ohne trotzdem im Stande zu sein, sich ein Urtheil darüber erlauben zu dürfen. Aber in meinem Fall ist noch zu berücksichtigen, daß ich gerade in der letzten Zeit der Commune durch die Vermittlung einiger Freunde viel mit der communalistischen Polizeipräfectur in Verbindung kam, die durch die Persönlichkeiten Raoul Rigault's und seines Nach- folgers Ferris von ungeheurem Einfluß auf die Handlungen der Stadtregierung war, daß ich während der ganzen Dauer der Re- volution aufmerksam den Geist, d. h. die Dekrete und die Eo- lutionen des Comité Central und der Commune, wie auch der revolutionärfreundlichen Presse verfolgte, und daß ich während des Stützigen Straßenkampfes die ersten 3 Tage mit den Commune- verteidigern in Verkehr stand, die letzten Tage aber, nachdem die Versailler das Stadtviertel, welches ich bewohnte, genommen hatten, in Begleitung eines versailles-schweidisch-für Nationalgarde-Com- mandanten ganz Paris (so weit dies möglich war) durchstreifte und so auch das Gebahren und Verfahren der Versailler auf's Beste beobachten konnte.

Um nun meine Beobachtungen und Erfahrungen bezüglich der sogenannten Brandstiftungen der Communeverteidiger in guter Ordnung mitzutheilen, habe ich zuvor noch zu erwähnen, daß der Gedanke überhaupt, Paris in Brand zu stecken, nicht zuerst dem Einen oder anderen exaltirten Communisten gekommen ist, son- dern daß derselbe in der Zeit des Unglücks Frankreichs nach den durch die Deutschen erlittenen ungeheuren Niederlagen, ein sehr verbreiteter unter den Franzosen war. Ohne zu bedenken, daß die Verhältnisse sehr verschiedene waren, erinnerten sich dieselben des Brandes von Moskau und seiner Folgen für Napoleon I. und seine Heerschaaren und begeisterten sich in dem Gedanken, ihre Hauptstadt lieber in Trümmern und Asche, als durch den Einzug der Feinde geteilt zu sehen. Als nun darauf zuerst die vier- monatliche Belagerung der Deutschen, mit ihrem Bombardement am Schluß derselben und dann die sechs wöchentliche noch viel schlimmere Belagerung der Versailler erfolgte, mußte sich das Ge- fühl der Pariser gegen eine Beschädigung oder gar gegen eine gänzliche Vernichtung ihrer Stadt abstummen. Sie sahen ja ganze Stadtviertel durch den nationalen und später durch den politischen Feind auf's Gräulichste verwüsten; was konnte es nun für einen Eindruck auf sie machen, wenn sie aus irgend welchem Zweck sich gezwungen glaubten, mit eigenen Händen die Verwüstung noch zu vergrößern? Ferner hatten die Deutschen das Pantheon, das Val de Grace (das prächtige unter Louis XIV. erbaute Hospital) und das Palais de Luxembourg, und die Versailler gar den großen Triumphbogen an der Place de l'Etoile beschossen und der Zer- störung preisgegeben; ob nun in diesen Zeiten der furchtbaren Aufregung noch ein Monument mehr oder weniger vernichtet wurde, konnte gar nicht in Betracht kommen. Und trotz alledem hat weder unter dem Comité Central noch unter der Commune die Zerstörungswuth jemals eine große Rolle gespielt, und so lange die Revolution siegreich war, sind bloß zwei Dekrete zur Vernichtung (?) nationalen und privaten Eigenthums erlassen worden. Das eine richtet sich gegen die Beerdigungssäule und drückt eine humane, kriegsfeindliche und völkerveröhnende Idee aus, und das andere gegen das Haus von Thiers, des damaligen Präsidenten der Republik, der durch seine zweideutige, schwankende, wenn nicht verrätherische Haltung gegenüber der Republik die Revolution vom 18. März zur Nothwendigkeit gemacht hatte. Als die Revolution sich nicht mehr halten konnte, und nach über zweimonatlicher Dauer am Ende des Monats Mai dem übermächtigen Andrang der Versailler zu weichen gezwungen war, ertheilte die Stadtregierung abermals zwei Dekrete zur Vernichtung öffentlicher Bauten, des Rathhauses und der Polizeipräfectur, und zwar nicht deshalb, um ihrem Fanatismus und ihrer Rache zu genügen, sondern um Tau- sende, wenn nicht Hunderttausende von Commune-Anhängern, deren Namen in unzähligen, nicht anders zu vernichtenden Aktenstücken in den Bureau dieser beiden wichtigsten Gebäude der Pariser Stadtverwaltung erhalten waren, vor grausamen Verfolgungen seitens der Versailler zu schützen. Sämmtliche andere Zer- störungen und Brände, welche zu jener Zeit in Paris stattfanden, sind theils strategischen Vertheidigungsmaßregeln Seitens der Com- mune, hauptsächlich aber der Zerstörungswuth, den Brandstiftern der Versailler zuzuschreiben. Während meiner weiter oben er- wähnten Wanderungen durch Paris in den letzten Tagen des Straßenkampfes studirte ich genau die Stellungen, welche die Ver- sailles seit ihrem Eindringen in Paris eingenommen hatten, und die Richtungen, in welchen sie vorgedrungen waren, und konnte aus den verschiedenen Positionen ihrer Geschütze deutlich die von diesen angerichteten Verwüstungen verfolgen. Das Ergebnis meiner Beobachtungen aber ist dies: Die Versailler hatten sich nach ihrem Einmarsch in Paris in drei Hauptkolonnen eingetheilt.

(Fortf. folgt.)

Gewerksgenossenschaftliches.

Berein der Sattler und Berufsgegnossen. Berlin, 18. September. Collegen! Nachstehendes dürfte, obgleich nicht direkt zu unseren Vereinsangelegenheiten gehörig, doch von großem Interesse und Wichtigkeit für Euch alle sein, indem es unsere nächsten Berufsgegnossen, die Tapezierer betrifft. Der Weiserbund der Tapezierer hier selbst hat nämlich in eckl reaktionärer Weise beschlossen, die Arbeitszeit der Tapezierer-Gehülfen von 9

auf 10 Stunden zu erhöhen, trotzdem die Meister doch noch ganz gut genährt sind, wie uns ein Exemplar von ihnen bewies. Also 100 Gehülfen sollen für die Dauer brodlos gemacht werden, in- dem ca. 1000 hier arbeiten.

Am 16. d. Mts. Abends halb 9 Uhr fand nun hier eine sehr stark besuchte Versammlung der Gehülfen statt, und wurde ein an den Vorsitzenden des hiesigen Tapezierer-Gehülfen-Bereins gerichtetes Schreiben verlesen, wodurch bekannt gemacht wurde, daß dieser schamose Beschluß der Meister, die Arbeitszeit zu verlängern, am 19. in Kraft treten sollte. Mit Entrüstung hörte die Versamm- lung dies an, und beschloß einstimmig auf dieses verdammens- werthe Verlangen nicht einzugehen, sondern dagegen Front zu machen. Wer nun die Taktik der Meister kennt, weiß das, wenn ihnen die Berliner Gehülfen energisch entgegengetreten, sie zu der auswärtigen Presse greifen, um durch dieselbe, durch allerlei Re- klame und Verlodungen, andere Kräfte heranzuziehen; darum sorgte Jeder unter uns dafür, daß der Zuzug nach Berlin unterbleibt, und etwaigen Schwindlerien kein Gehör geschenkt wird. Es äußerte sich übrigens jetzt wieder bei den Tapezierern stark der Wunsch, eine Organisation über ganz Deutschland zu haben, und ist vor- auszusehen, daß eine solche nun bald ins Leben tritt. Da wir nun viele Tapezierer schon in unserem Verein haben, auch von den andern vielfach die enge Berufsverwandtschaft und somit Inter- essengemeinschaft erkannt wird, so ist vorauszu sehen, daß wir in kurzer Zeit Gelegenheit haben werden, mit ihnen gemeinschaftlich zu operiren. Darum Collegen, sorgt nach Kräften dafür, daß Obiges verbreitet wird, und neue Verbindungen geschaffen werden. Mit collegialischem Gruß Henke, Vorsitzender, Chausseestraße 24.

Gewerksgenossenschaft der Maurer und Zimmerer.

Braunschweig. Die hiesige Mitgliedschaft, sowie der Ver- waltungsrath beantragt hiermit über nachstehende Punkte des Pro- tocolls der Coburger Generalversammlung eine Urabstimmung, indem wir mit diesen Punkten nicht einverstanden sind. Erstens, die feste Anstellung des Vorsitzenden betreffend, mit monatlich 24 Thlr. Gehalt. Genossen, wir verlangen keineswegs, daß unser Geschäftsführer (Vorsitzender) umsonst arbeiten soll, aber dieses ist denn doch zu hoch gegriffen und nach den jeweiligen Verhältnissen unserer Gewerkschaft noch nicht durchzuführen. Man mag entweder einen mäßigeren Satz anstellen, oder aber die nächste Generalver- sammlung darüber entscheiden lassen. Zweitens über Anschluß an die Union und obligatorische Einführung des Blattes. Mit dem Anschluß an die Union überhaupt, insoweit unsere auf Reisen be- findlichen Mitglieder auch an solchen Orten ihre statutenmäßige Reiseunterstützung erheben können, wo von uns auch keine Mit- gliedschaft besteht, sondern nur eine beliebige der unierten Gewerks- schaften, sind wir einverstanden, aber nicht mit der zwangs- weisen Einführung des Blattes. Wir machen hingegen den Vor- schlag: Jede Mitgliedschaft ist verpflichtet, ein Exemplar dieses Organs für den Bevollmächtigten zu halten, welches derselbe in den Versammlungen vorzulesen hat und im Uebrigen muß es jedem Mitgliede überlassen bleiben, auf dasselbe zu abonniren. Soll es laut Beschluß der Generalversammlung jedem Mitgliede frei ge- liefert werden, von der Hauptkasse, so kommen wir mit unserer Steuererhöhung von 3 Gr., wovon 1 Gr. in der Lokalkasse bleibt und 2 Gr. an die Hauptkasse kommen, noch nicht aus. Da nun auch in dieser Hinsicht schon mehrfach Anfragen an uns gerichtet sind, weshalb das Blatt noch nicht erscheine, trotzdem man die erhöhte Steuer schon zahle, so diene hier Folgendes zur Aufklä- rung: Nehmen wir an, 1500 Mitglieder zahlten monatlich 2 Gr., das macht 100 Thlr., also jährlich gesammte Einnahme 1200 Thlr. Für 1500 Mitglieder kostet das Blatt à Exemplar pro Quartal 4 Groschen, macht pro Quartal 200 Thlr., also jährlich 800 Thlr. Dies verschlingt allein das Blatt, da haben wir also noch 400 Thlr., wovon alle Ausgaben, Correspondenzen, Agitation, Schalte, Kosten der Generalversammlung u. c. bestritten werden müssen. Sollte da noch der Vorsitzende monatlich 24 Thlr., also jährlich 288 Thlr. erhalten können!? — Unmöglich! Drittens beantragen wir, den Knoschen Antrag (siehe Protokoll) anzustößen: Für die nächste Generalversammlung die Reisekosten aus der Hauptkasse, und die Tagesgelber von den Mitgliedschaften zu bestreiten. Wir stellen endlich nochmals den von uns in dieser Angelegenheit gefassten Antrag: Sämmtliche Delegationskosten tragen die einzelnen Mit- gliedschaften schon zur nächsten Generalversammlung.

Nun, Genossen aller Orten, tretet über diese Punkte in Be- rathung und theilt das Resultat binnen kürzester Frist Unterzeich- netem mit, damit wir wissen, wie wir zu handeln haben. Das neue Krankenkassen-Statut ist bereits auch in unsern Händen, das- selbe ist genau nach dem Protokolle angefertigt. Das Verdingungs- geld für jede Norm beträgt 15 Thlr., letzteres soll durch Extra- steuern aufgebracht werden.

Der Hauptkassirer Konrad Klauenberg wohnt Rickellul 21. Mit Gruß. Im Auftrage der Verwaltung: H. Rieke, Vorsitzender, Schöppenstedterstraße 50.

Verband für Kürschner.

Da jeder Druck Gegendruck erzeugt, so haben unsere Herren Dampffesbarone die bittere Erfahrung an uns Kürschner machen müssen, daß durch solch provokatorisches Vorgehen die Arbeiter zur Vereinigung erst veranlaßt werden. Und so hat sich denn auch glücklich ein Verband für Kürschner gegründet, der, wie die Dinge jetzt stehen, die beste Aussicht auf Erfolg hat. Auch die sonst so spröden Kürschner haben einsehen gelernt, das mit vereinigten Kräften Alles, vereinzelt nichts zu erreichen ist. Die schändliche Fabrikordnung ist durch Einigkeit der Arbeiter glücklich gestürzt. Trotzdem wir jetzt erst das längst Versäumte nachholen müssen, nämlich Aufklärung unter unsere Kollegen zu bringen, so sind wir vom besten Muthe befezt, und wir glauben, wenn in allen Städten Deutschlands sich Mitgliedschaften gründen und uns anschließen, daß wir dann den unbedingten Anforderungen der Herren Rauchwaaren- und Dampffesbarone einen Damm ent- gegensetzen können. Auch wir treten so, gleich anderen längst or- ganisirten Arbeitern, in den Kampf gegen das alles erdrückende Kapital ein, und helfen mit zur geistigen und materiellen Hebung des gesammten Arbeiterstandes. Darum Kürschner allerorts! orga- nisiert Euch!

Das Ergebnis der Verbands-Vorstands-Wahl ist kurz dieses: August Frese 1. Vorsitzender, Wiesenstraße 7, part.; R. Lehmann 2. Vorsitzender, Katharinenstraße 16, bei H. Zacharias; Hermann Walther, Kassirer, Gerberstraße 43 in Leipzig. Gelber sind an Herrn Walther und Briefe an Herrn Frese zu senden. In die Kontrollkommission kamen Franz Trost, Kleinschoder 10, an den sämmtliche Briefe, die Kontrollkommission betreffend, zu senden sind, ferner die Herren Schobert und Schneider in Lindenau. Leipzig, den 19. September 1874. Für den Vorstand: August Frese. Für die Kontrollkommission: Franz Trost.

Leipzig. Abrechnung über eingegangene Gelber während der Ausperrung der Kürschnergehülfen (resp. Juristen) von Leip- zig, Lindenau, Gohlis, Neuschönafeld und Volkmarzdorf, Markran- sbüdt, Röttha und Schöndorf von Anfang Juli bis Ende August l. J.: Einnahme: Versammlungen in obenbenannten Orten 28 Thlr. 25 Gr. durch Carlulare in benannten Orten 32 Thlr. 8 Gr. Von den Collegen in Hamburg, Altona, Ditzsen 16 Thlr. 15 Gr. Summa 77 Thlr. 28 Gr. — Ausgaben: Unterstüzung für 5 Mann 17 Thlr. Annoncen, Papier, Stempel und Stempel- lasten 26 Thlr. 26 Gr. Für Zeitversammlungen des Comité's 34 Thlr. Summa 77 Thlr. 26 Gr. Indem wir hiermit Allen, welche uns während der Ausperrung von 8 1/2 Wochen mit materiellen oder geistigen Mitteln unterstützten, unseren herzlichsten Dank aussprechen, erklären wir uns für verpflichtet, in ähnlichen Fällen gleiche Unter- stüzung zu gewähren.

Namens der Kontroll-Kommission: Franz Trost. Staßfurt, den 15. September. Auch wir sind wieder einmal mit polizeilicher Haussuchung beglückt worden. Es fanden solche am 10. d. Mts. bei den Parteigenossen Rioff und Kurz statt. Sehr eifrig wurde nach Mitgliebslisten gestiebert, und da solche nicht zu finden, schleppte man an beschriebenen und bedrucktem Papier mit, was nur irgend staatsgefährlich erschien, so unter Anderm etliche Jahrgänge Uhlisch'scher Sonntagsblätter, sieben "Vollstaate" und mehrere Bücher, in denen Mitglieder eingetraget waren, die 1869 dem Allgem. deutsch. Arbeiterverein angehörten, dieser Fund erfreute unsre Stieber en miniature ganz besonders, jedoch der Bevollmächtigte, der damals das letzte Ver- zeichniß nicht einreichte, ist schon vor Jahren gestorben. Also an's Reich der Todten geklopft und den Miffthäter hervorgeholt, wenn er die Lessendorfsade über sich ergehen lassen soll, denn bei uns Lebenden fällt sie sicher nicht nach Wunsch aus, und würde uns nur noch unverbesserlicher machen, als es bisher der Fall gewesen. Also Glückauf!

Mainz, 5. September. (Öffentliche Mitglieder-Versammlung.) Die am Donnerstag Abend im Garret'schen Lokale stattgehabte Arbeiter-Versammlung war von über 500 Personen besucht. Par- teigenosse Liebacht referirte über die politische Stellung der sozial- demokratischen Arbeiterpartei. Er führte aus, daß, wenn die sozial- demokratische Arbeiterpartei feindlich dem deutschen Reich gegen- übersteht, so sei es nicht wegen des Ursprungs des Reichs, wegen der sogenannten Rechtsverletzung, aus der es hervorgegangen, son- dern weil es ein Militär-, ein Klassenstaat sei. Zu diesem stehen wir in principiellem Gegenfatz, und in dem Sinne sind wir revo- lutionär, daß wir eine principielle Umgestaltung erstreben. Auf- gabe der sozialdemokratischen Partei ist es also, die Geister zu re- volutioniren, um die von ihr angestrebte Umgestaltung zu erreichen, die Forderungen der Sozialdemokratie zu Forderungen der großen Masse des arbeitenden Volkes zu machen. Es ist ein Irrthum, wenn man glaubt, die Sozialdemokratie könnte eine Umgestaltung vermittelt des Reichstages erwirken, und die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten könnten durch Reden etwas dazu beitragen, den Forderungen des arbeitenden Volkes im Reichstage Geltung zu verschaffen. Der Reichstag ist machtlos und dient der Re- gierung nur zur Verhüllung des Absolutismus. Redner wies mit scharfen und schlagenden Beweisen nach, daß die Beschuldigung einer Allianz der Partei mit Partikularisten und Ultramontanen, welche von unseren Gegnern, den Nationalliberalen, so gerne und so häufig gemacht wird, einfach aus dem Grunde nichtig sei, weil die Prinzipien der Sozialdemokratie mit einem solchen Bündniß durchaus im Widerspruche stehen. Unsere Gegner wissen das auch recht gut, so daß sie mit volstem Bewußtsein die Lüge, derartige falsche Behauptungen aufstellten. Hierzu bemerkte der Redner, wie die feilen Soltschreiber der Bourgeoisie zu elenden Denunzianten herabgesunken, wovon ja auch die Manzer ein Liedchen singen könnten. Bei dieser Gelegenheit hörte man aus der Versammlung die Rufe: Julius Schulze! und Hans Pöckel! Redner zog dann eine Parallele zwischen dem "Eisengraf" Bismarck und dem eng- lischen Eisenherzog Wellington; wie Jener, so habe auch Dieser dem Volke gegenüber gern mit dem Säbel gefaselt; vor der Re- formbewegung habe er aber schließlich die Segel streichen müssen. Die Verfolgungen, fuhr er fort, welche die Partei zu erdulden hat, sind die schmeichelhafteste Anerkennung, welche der Feind uns zollen, das traurigste Armuthszeugniß, das er sich selbst an- stellen der beste Vorwurf, den er uns leisten kann. Die Verfol- gung stärkt uns. Eine Partei, die nicht hervorgegangen aus na- türlichen Verhältnissen und auf keinen reellen Grundlagen steht, zerfällt in sich selbst, ohne daß sie von ihren Gegnern verfolgt zu werden braucht. Daß die sozialdemokratische Partei existenzfähig ist, erweist daraus, daß sie trotz der Verfolgungen täglich an Macht und Ansehen gewinnt. Das ruhige, aufmerksame Verhalten der An- wesenden während des beinahe 2 Stunden andauernden Vortrages, sowie der Beifall, welcher dem Redner gesendet wurde, sind das beste Zeugniß für das volle Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. Ueber zwanzig neue Mitglieder traten nach Schluß der Versammlung der Partei bei.

Wiesbaden, 20. Sept. Die auf gestern Abend angekündigte und von der Polizei bereits genehmigte Versammlung durfte nicht stattfinden. Folge dessen saßen die Parteigenossen, die gestern Abend stärker denn je vertreten waren, geraume Weile beisammen beim Glase Bier und sangen die bekannten Lieder. Wir sollten uns dessen jedoch nicht lange erfreuen, da der Gesang, der unseren Wirthe, der in letzter Zeit sehr mit der Polizei sympathisirt, miß- fiel und von demselben in sehr barschem Tone verboten wurde. Sämmtliche Parteigenossen, mit Recht entrüstet, verließen hierauf das Lokal, um in einem anderen Gasthaus sich niederzulassen. Wir warnen sämmtliche Parteigenossen und Arbeiter Wiesbadens vor dem Lokale des Herrn Däufel und ersuche sie, dasselbe nicht mehr zu betreten.

Budau, 20. September. Gestern sprach unter großem Beifall in einer Volksoersammlung, die sehr gut besucht war, Parteigenosse Wiemer über das Thema: "Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit." Die Arbeiter folgten mit großer Aufmerksamkeit dem überaus sichtlich zu behandelnden Thema. Die Versammlung wurde dadurch sehr interessant, daß wir nach langer Zeit zum ersten Male Opposition fanden und zwar durch einen Herren, der schon während des Vortrages mehrmals ungeduldig uns Wort gebeten hatte. Mit großem Pathos, indem er oftmals an die Brust schlug und gen Himmel blühte, erklärte er, daß der Referent aber auch alles angegriffen habe; sämmtliche Staatsverrichtungen, die Religion, sogar die Ehe sei schonungslos von demselben an den Pranger gestellt; er (der pathetische Redner) werde verschören die Australien, daß er ein sehr weit gereister Mann sei; in America, Australien, Ost- und West-Indien sei er gewesen, alle modernen civilisirten Staaten kenne er, aber nirgends fühle er sich wohler, als im lieben deutschen Vaterlande, welches von so weisen Männern regiert würde, daß deren Namen nur mit Achtung genannt werden könnten.

Die Schuld, daß es noch solch faule Flecke gebe, schiebe er dem Volke selbst zu; denn es wähle ja seine Abgeordneten, die dafür zu sorgen hätten, daß es besser würde. Zum Schluss versicherte er noch einmal, daß er mit allen Einrichtungen des Staates zufrieden sei; er werde ein Hoch auf den deutschen Kaiser ausbringen, und die Arbeiter, die seine Gesinnung theilten, sollten in dieses Hoch einstimmen. Die Rufe aus der Versammlung beehrten den guten Mann aber, daß er gründlich 'reingefallen' war; nicht einer fand sich unter den 150 Mann, der Lust hatte, dem wackeren Patrioten zu helfen, und so unterblieb das Hoch. Wohl aber ließen sich 18 neue Parteimitglieder einschreiben. Nach einer tüchtigen Abfertigung des verunglückten Hochrufers, schloß die Versammlung mit Absingung des Liedes: „Es tönt ein Ruf von Land zu Land.“

Gießen, 20. Septbr. Am 31. August hielten wir hier eine öffentliche Mitgliederversammlung der Partei ab, welche außerordentlich stark besucht war, was wohl dem Umstand zuzuschreiben, daß Liebknecht in derselben einen Vortrag über den Gebirger Congreß hielt. Besonders stark war das bürgerliche Element vertreten. Auch von den Hrn. Professoren hatten sich verschiedene eingefunden. Die Versammlung nahm einen ausgezeichneten Verlauf, und lauschten die Anwesenden mit gespannter Aufmerksamkeit dem Vortrage. Trotzdem nun nach dessen Beendigung mehrmals um Entgegnung aufgefordert ward, mit dem Bemerkten, daß vorweg Gegnern das Wort ertheilt werden sollte, meldete sich Niemand. Auf die aus dem Handwerkerstand Anwesenden hat diese Versammlung einen sehr guten Eindruck gemacht, und haben Viele, die sonst aus Dummheit schimpften, zugestanden, daß Liebknecht nicht Unrecht habe. Kurz, wir haben alle Ursache, mit dem Resultat zufrieden zu sein.

Breslau, 17. Sept. „Es gibt noch Richter in Berlin!“ so dachte ich vor ungefähr acht Tagen, als in einer hiesigen Zeitung das Erkenntnis des hiesigen Stadtgerichts in Sachen Reinders, betreffend die Aufhebung der vorläufigen Schließung der Breslauer Mitgliedschaft des Allg. deutschen Arbeitervereins produziert wurde. Bei Abgabe dieses Urtheils mochte wohl aber ein aus der Gegend von Berlin her winkernder Zaunpfehl übersehen worden sein, denn nach kaum acht Tagen wird das erstgeschätzte Urtheil von derselben Behörde widerrufen und durch richterlichen Mund der Allg. deutsche Arbeiterverein, der Allg. deutsche Tischlerverein und der Allg. deutsche Maurerverein geschlossen.

Gottlob! nun ist der Staat gerettet. Abgesehen von den vielen Scherereien der Wirthschaft durch die Polizei, wodurch uns die Lokale zu Versammlungen entzogen und jede öffentliche Agitation unmöglich gemacht wurde, konnte unserer Polizei wegen Verlassens des gesetzlichen Bodens grade kein Vorwurf gemacht werden; aber jetzt, nachdem die „allgemeine Hege“ von oben einmal angeordnet, zeigen Staatsanwalt und Polizei einen Eifer, dessen sich Metternich nicht zu schämen brauchte. Ein Versammlungsrecht existirt für Breslau nicht mehr, das heißt, um mich zu berichtigen, wir können uns versammeln in Kirchen, Handwerker-, Humboldt-, Bezirks- und anderen Vereinen, in denen das Menschenmögliche im Kniebeugen, Schweimedeln und Barchantschen geleistet wird. Wenn aber von einem als Sozialdemokrat Bekannten eine Bürger- oder Volksversammlung angemeldet wird, beantragt der Staatsanwalt bei dem Polizeipräsidenten dieselbe anzulösen, wenn nur im entferntesten Politik berührt wird. Und diesem Antrage weis unsere Polizei nach Kräften und präzis nachzukommen. Hier ein Beispiel. Eine Versammlung des Allg. deutschen Arbeitervereins, in welcher der wegen Vossalle's Todtenfeier hier anwesende Reichstagsabgeordnete D. Reimer ein Bild über Vossalle's Leben und Thätigkeit entrollte, wurde aufgelöst, als derselbe die Knebelung der Presse durch den verbliebenen deutschen Bundestag erwähnte. Und als die Schließung der Versammlung ausgesprochen, stürzten bis 15 Schugleute ins Lokal und zwar in solcher Weise, daß es nur dem gemessenen Verhalten der Versammelten zu danken ist, daß kein Unglück passirte. Wie würde der alte Mantuffel sich freuen, wenn er wüßte, wie auf einmal der deutsche Bundestag zu Ehren gekommen ist! Aus diesem Beispiel ist zu ersehen, welche nichtigen Gründe die Polizei zum Auflösen bestimmen können. Wo steht aber im Vereins- und Versammlungsgesetz ein Wort darüber geschrieben, daß in einer öffentlichen Versammlung, welche vorschriftsmäßig angemeldet ist, Politik nicht berührt werden darf? Es gehört die ganze, auf den mit Hilfe des Staates (der Steuerzahler) erhaltenen höheren Schulen und Universitäten erworbenen Weisheit eines künigl. Staatsanwalts dazu, um solche Bestimmungen heranzufinden! In der That, eine interessante Anwendung des Volksgeldbestells!

Gehen wir indeß in unseren Betrachtungen weiter: Bei einer vorschriftsmäßig angemeldeten, durch öffentliche Plakate bekannt gemachten Bürger- oder Arbeiterversammlung wurden alle Besucher durch die Polizei notirt, noch ehe sie das Lokal betreten hatten. Wer da weiß, wie gern der Arbeiter mit der Polizei in Berührung kommt, wird wissen, was das Notiren für einen Zweck hatte. Unsere hiesigen Zeitungen, mit Ausnahme einer neu entstandenen demokratischen Zeitung, rühen die Handlungsweise der Behörde in solcher Weise, daß sogar Leser, welche nur die Heftartikel dieser Blätter gegen die Sozialdemokraten lesen, herauszufinden vermochten, wie ungemein die Liberalen über solches Verfahren gegen uns sich freuen. Daß aber das bereits erwähnte demokratische Blatt ein so unerhört anmaßendes, ganz willkürliches, durch kein Gesetz begründetes Polizeimaneöver mit dem richtigen Namen bezeichnet hätte, kann ich auch von diesem nicht sagen. Hier, wo es sich darum handelt, daß der großen Masse der Bevölkerung das gesetzlich garantierte Recht, sich zu versammeln und seine Meinung frei zu äußern, durch Polizeimaßregeln, schlimmer als zur Zeit der schwärzesten Reaktion verleidet und entziffen werden soll, da genügt es nicht mehr, verächtlich auf das Ungelegliche aufmerksam zu machen, da ist man verpflichtet, die Annahme unternehmungs-lustiger Polizisten ganz entschieden und mit unweidigen Worten zurückzuweisen. Denn wird durch solche Willkür der Staatsbürger nicht außerhalb der Gesetze gestellt? Wir befürchteten immer, es würden speziell gegen Arbeiter Ausnahmegesetze in dieser Hinsicht geschaffen werden. Ist gar nicht mehr nöthig! Wo die Gesetze aus der Mantuffelschen Reactionperiode nicht mehr ausreichen den freien Volksgesetz zu erdrücken, da wird ganz einfach ohne Gesetze regiert. Die liberale Presse erzählt dann dem gläubigen Volke, wie notwendig das ist, um die Errungenschaften des glorreichen Krieges von 1870 und 71 durch die reichsfeindliche Agitation der vaterlandslosen Sozialdemokraten nicht wieder einzubüßen, und Staatsanwalt und Polizei erscheinen noch obdunkeln in der Glorie des Liberalismus! Ob die Regierung durch solche Bedrückungen erreicht, was sie beabsichtigt? Das darf mit Recht wohl angezweifelt werden. In Sachen wird schon lange „gerübert“. Die Antwort darauf: Sechs Sozialdemokraten in dem Reichstag. In Schleswig-Holstein wird seit Jahren der Allg. deutsche Arbeiterverein durch Bitter bitter verfolgt. Was ist die Folge? Die Wahl zweier Sozialdemokraten in

den Reichstag. Wähten sich's diese Herren doch eine Lehre sein lassen, daß durch Unterdrückung eine Idee noch niemals erstirbt wurde. Wenn sie wirklich die Sozialdemokraten beseitigen wollen, dann würde ich raten: Ausbeutung, Noth und Elend aus der Welt zu schaffen, an uns würden sie dazu die besten Bundesgenossen finden. Die Mitglieder der hier aufgelösten Mitgliedschaft des Allg. deutschen Arbeitervereins, welche vor zwei Jahren noch glaubten, die Idee Vossalle's gipfelse darin, mit zornprühenden Augen und geballten Fäusten die Versammlungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu sprengen und diese dadurch unmöglich zu machen, was ohnedies, wie oben bemerkt, die Polizei hinreichend besorgte, werden heftentlich wohl jetzt zu einer bessern Ansicht kommen.

Die Mitglieder unserer Partei hier am Orte aber werden, gedrückt durch Polizeimaßregeln aller Art, dadurch nur zum festeren brüderlichen Zusammenhalten geführt werden.

Constanz. (Situationsbericht. Agitations-Komitee. Ein staats-gesetzlicher Kurbis. Polizei als Horder etc.) Erzüglich ist es, dem Treiben der hiesigen reaktionären Parteien zuzuschauen, der ultramontanen und liberalen. Trotz gegenseitiger bestiger Befehdung stiegen beide doch gemeinsam „in den Pott“ der Schlächten-Verherrlichung, der Sebanfeier. Unsere Vafz-Konstanzerin konnte es auch nicht unterlassen, den Schwarzen einige Schmeicheleien an den Kopf zu werfen ob ihres nationalen Verhaltens. — Die Organisation der Arbeiter geht hier ununterbrochen vorwärts. Wenn schon die Gewerkschaft der Holzarbeiter hier nicht so glänzend dasteht, so haben doch Metallarbeiter, Schuster und Schneider ihre Schuldigkeit gethan, und für Constanz ansehnliche Kerne gebildet. Auch die Mitgliedschaft der Partei erholt sich wieder von den schweren Schlägen vorigen Winters. Um die Gelegenheit nicht wieder ungenützt vorübergehen zu lassen, ist ein Agitations-Komitee gewählt, das für die weitere Verbreitung der Partei zu sorgen hat. Solche Gewerkschaften, welche hier noch keine Mitgliedschaften haben, werden ersucht, uns je ein Exemplar ihrer Statuten zuzuschicken, damit wir vorkommenden Falles Gebrauch davon machen können. Unser Verkehrslokal ist jetzt: Restauration Büchele, was wir zu beachten bitten. Mitten in unsrer schwierigen Arbeit wurden wir kürzlich durch einige Polizei-Beamte ehebeitert. Nach einer Versammlung begleiteten mehrere Genossen den Unterzeichneten nach seiner „Heimath“ in der benachbarten Schweiz. Auf dem Rückwege erhielten sie von der Kellnerin einer von uns viel besuchten Wirthschaft am Wege einen Kurbis, den sie als Laterne benutzten. Die pfiffige Polizei erblühte in dem ausgeschütteten Kurbis-Gehalt eine Beleidigung hoher Persönlichkeiten (Bismarcks), und stellte Strafanztrag wegen „ruhestörendem Lärm“ (!!) auf 8 Tage Arrest. Der Lärm existirt aber nur in der Phantasie des betr. Polizeier, von deren einem behauptet wird, daß er niemals — betrunken sei. Was von diesen Beamten zu halten ist, beweist wohl am Besten die Frage eines solchen an unsre Lokal-Wirthin, „ob er nicht im Nebenzimmer „horchen“ könnte, was wir sprechen“, welches Ansinnen die Frau mit dem Bemerkten zurückwies, daß das Nebenzimmer zum Schlafort ihrer Kinder bestimmt sei, und nicht als Aushalt zum „Horchen.“ Auch als Agitatoren sind unsre Gesezwächter bekannt. Auf die Frage eines solchen an einen Arbeiter, ob er Sozialdemokrat sei, erhielt er eine verneinende Antwort. Jetzt hatte unser neuer Agitator nichts Uiligeres zu thun, als über die Socialdemokratie zu wettern und dem Arbeiter den Beitritt zum Kriegerbund zu empfehlen. Leider hatte er hier den unrechten erwählt. Der betr. Arbeiter erklärte kurz und bündig: er wäre noch nicht Socialdemokrat gewesen, jetzt würde er aber dieser Partei beitreten. — Aus dem Kaferteneben haben wir zu berichten, daß vor einiger Zeit ein Unteroffizier 2 Mann (?) von Sonntags Nachmittags 1 Uhr bis Nachts 2 Uhr auf der Montur-Kammer einsperrte, weil ihm dieselben beim Stiefel-fassen zu lange probierten. Wahrscheinlich wollte er ihnen Zeit genug zum Probieren lassen. Von Bestrafung dieser Unverschämtheit hat man nichts vernommen. Gewöhnlich unterlassen die Soldaten die Anzeige, um sich nicht endlosen Pladerien auszuliefern, um welche gewisse Chargirte bekanntlich nie verlegen sind. Zum Schluss können wir nicht umhin, die zureisenden Parteigenossen aufzufordern, sofort der hiesigen Mitgliedschaft sich anzuschließen. Jeder muß mitwirken, um Constanz zu einer festen Position für unsere Sache zu machen.

E. Schröder, Fischmarktstraße 808.

Verkaufen

der Expedition. R. Meyer Berlin: Bürgerkrieg in Frankreich ist vergriffen. J. Inke Celle: Die besten Christen kosten 24 gr. Inscr. Newyork: Die Schriften geben unter angegebener Adresse Ihnen zu. R. Dem Rottweil a. N.: Die Kalender kosten incl. Porto 7 gr. — 24 1/2 kr., welchen Betrag Sie in Briefmarken einjenden wollen. A. Trimm: Rüstet lebt in Genf; nähere Adresse und nicht bekannt. Schneidbrosche. Frankfurt a. M.: Laut Congreßbeschluss dürfen Geschäftsleute nicht aufgenommen werden.

Quittung

der Expedition. B. Sehr Pforsheim Ann. 8 gr. R. Mr. Pedra Schr. 3 Ithr. R. Smirg Berlin Schr. 12 gr. Alle Großhändler Ad. 2. Cu. Ithr. 7 2 5. Arb.-P. Hildesheim Ann. 8 gr. C. Kuf Apolda Ann. Ithr. 1 — 5 Pf. Schr. 29 gr. 5. Angerm. hier Ab. 6 gr. Schindl Warburg Schr. 28 Gr. D. Wallr. Nebraun Schr. 10 gr. Arb.-Berein Connewitz Ann. 5 gr. F. Nibs Lichtenteln Schr. 14 gr.

Fond für Gemafregelie.

B. Freunden und Gewerkschaften in Orlonitz 3 Ithr. Ab.-Ber. Großhändler 1 Ithr. R. P. das. 5 gr., f. E. von S. und L. 7 gr. 5. Ges. bei einer Kindtaufe d. Opfr 15 gr.

Anzeigen etc.

Die rechts in [] angegebene Ziffer ist der Preis der betreffenden Annonce.

Notiz für Restanten auf Schriften und Abonnements.
Alle Rückstände, um die wir brieflich gemahnt haben und die bis Ende September nicht beglichen oder anderweitig erledigt sind, werden vom dem Aufsatz abantworten und nach dessen Befürzung öffentlich im „Volkstaat“ aufrufen. Vertrauensleute und interessirte Parteigenossen wollen Sorge tragen, daß dies allseitig bekannt wird. (3a) Leipzig, 22. Sept. 1874. Die Expedition des „Volkstaat“.

Barmen

Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sonntag, den 26. September: Geschlossene Mitgliederversammlung. 1) Bericht des Agitations-Comitès. 2) Wahl eines Mitgliedes des Agitations-Comitès. D. S. [4]

Berlin

Zur Beachtung. Den Mitgliedern der Cigarrenarbeiter, Kranken- und Sterbefälle u. s. w. zur Weidricht, daß das Kassentotal vom 26. ds. Mts. an Uminstraße 30 (Café Wedding) verlegt ist. Ebenfalls für die Tabakarbeiterinnen Kranken- und Sterbefälle. (26) Erb. Fensler. [7]

Berlin

Gewerkschaft der Manufakturarbeiter. Sonnabend, den 26. Septbr., Abends 8 Uhr: Außerordentliche Versammlung gr. Frankfurterstr. Nr. 84. — Vortrag des Herrn Oberhart. Um recht zahlreiche Theilnahme bittet Der Vertrauensm. [5]

Berlin

Belannmachung. Ich mache meine geehrten Volkstaatleser darauf aufmerksam, daß vom 1. Oktober meine Adresse ist: Marianenstr. 4, vorn 3 Treppen. Zugleich fordere ich diejenigen Abonnenten, welche ihre Wohnung verändert haben auf, es mir sobald als möglich bekannt zu geben, damit keine Unterbrechung eintritt. A. Trautmann, Engelauer 6b, vom 1. Oktober an: Marianenstr. 4, vorn 3 Treppen. [20]

Berlin

Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 26. Sept., Abends halb 9 Uhr, Andreatstraße Nr. 26: Versammlung bei Mittel. G. Lemke. Sonntag, den 4. Oktbr., Nachmittags 4 Uhr, findet gr. Frankfurterstraße Nr. 77 ein gefälliges Vergnügen der Gewerkschaft der Holzarbeiter statt, wozu Mitglieder und Freunde der Gewerkschaft gern gesehen sind. Das Comité. [13]

Gohlis

Arbeiterverein. Montag, 28. September, Abends 1/2 9 Uhr: Versammlung bei Rungsch. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Gäste willkommen. D. S. [4]

Hamburg

Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Sonnabend, den 26. Septbr., Abends halb 9 Uhr: Geschlossene Mitgliederversammlung bei Hansch, Schauenburgerstr. 14. Tagesordnung: Abrechnung und innere Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden geteilt pünktlich zu erscheinen. Peter. [5]

Leipzig u. Umgegend

Metallarbeiter-Gewerkschaft. Montag, 28. d. M., Abends 8 Uhr: Sitzung bei Fröhlich, Nikolafstraße 38. Tagesordnung: 1) Neuwahl des Kassiers und Revisors. 2) Bezugnahme über die Restantenliste. Gewerkschaftliches. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Aufnahme neuer Mitglieder.

Sonntag, den 27. d. M.: Ausflug nach Gohlis, Mödern u. s. w. Sammelort bei Fröhlich. Abmarsch früh punkt 1/2 10 Uhr, ohne Gepäck. Recht zahlreicher Theilnahme sieht entgegen und heißt Freunde willkommen. Das Comité. [16]

London

Arbeiterbildungsverein. Deutsche Section der Internationalen Arbeiterassoziation. 81 Blue Post Tavern, Newmann Street Oxford Street W. C. Versammlungabend Mittwoch und Samstag. Jeden Dienstag englischer Sprachunterricht. Der Sekretär: Leo Frankel, 13 Mortimer Street W. mla]

Waldheim

Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sonntag, den 27. September, Abends 7 Uhr: Abendunterhaltung im Bierknecht. — Launige und ernste Beiträge. — Gäste sind willkommen. Der Vertrauensmann. [12 1/2]

Wichtig für jeden Geschäftsmann u. Gewerbsgehilfen!
Bei Sturm & Koppe in Leipzig erschien und ist durch die Buchhandlung des „Volkstaat“ zu beziehen:

Rathgeber für Gewerbetreibende.

Inhalt: 1) Deutsche Sprachlehre, zum Selbststudium für diejenigen, welche in der Rechtschreibung nicht ganz sicher sind. 2) Briefsteller, welcher über 400 Briefmuster sowohl für den Gewerbsgehilfen, als auch für den selbständigen Geschäftsmann und außerdem alle nur denkbaren Verträge, Documente, Geschäftsaufträge, Klageschriften etc. enthält, die bei dem Gewerbsstande vorkommen. Es ist dadurch jedem Gewerbetreibenden leicht gemacht, seine schriftlichen Aufsätze nach diesen Mustern selbst anzufertigen. 3) Buchhaltung. 4) Fremdwörterbuch. 5) Sammlung von Gelegenheitsgedichten. 6) Die für Gewerbetreibende wissensnötigsten deutschen Reichsgesetze. 7) Notizen über Gold, Silber- und Papiergeld, mit Beschreibung des Geldes aller Staaten. 8) Das neue Maß- und Gewichtssystem von Deutschland und allen Staaten der Erde. 9) Brief-, Paster- und Depeschen-Portotarif. 10) Statist. Uebersicht aller Länder der Erde, mit Angabe der Größe, Einwohnerzahl, Land- und Seemacht, Handelsflotte, Ausgaben, Schulden, des Papiergeldes etc. 11) Ortsbeschreibung der vorzögl. Städte von Deutschland, Oesterreich, der Schweiz, und den angrenzenden Ländern. 12) Reise- routen durch Deutschland, Oesterreich, die Schweiz bis in die Nachbarländer. 13) Der Schnellrechner beim Ein- u. Verkauf. 14) Das Reichsstrafgesetzbuch. 3. Aufl. Preis broch. 1 1/2 Thlr., geb. 1 1/2 Thlr., in 8 Bf. 4 5 Gr. — Wir können diese 3 Aufl. um so mehr empfehlen, als dieselbe der Zeit angemessen nicht nur vielfach verbessert, sondern auch durch einen vollständigen Schnellrechner und das Reichsstrafgesetzbuch vermehrt wurde. Anzahll. Prospekte können durch die Expedition des „Volkstaat“ bezogen werden. [77 1/2]

Mit 1. Oktober o. beginnt der Versandt unseres

Volkstaatkalenders für 1875,

derselbe wird außer dem bekannten Kalendarium (dem diesmal auch der katholische Kalender beigelegt ist), ein Verzeichniß der Messen und Märkte Deutschlands enthalten.

Literarischer Inhalt: Die Hanauer Turner im badiß-rheinpfälzischen Aufstande 1849; nach den Papieren ihres Corpshauptmanns, des verstorbenen Albert Dammern. Von dem noch lebenden Sigismund von Wertheim, Batterieführer in der badiß-rheinpfälzischen Rebellensarmee; Nahe Oßern, historische Gemälde aus dem Bauernkrieg, von Robert Schweizer. Wo liegt die Rettung? Aus dem Tagebuch eines Sozialisten, von Otto Walker. Zur Grund- und Bodenfrage. Verschiedenes. Preis 3 1/2 Gr. gegen bar.

Bestellungen hierauf wollen rechtzeitig gemacht werden.

Ferner ist eine kleine Partie Volkstaatkalender für 1874 in Folge Remissionen noch auf Lager. Preis pro Exemplar 2 1/2 Gr. Leipzig. Die Buchhandlung des „Volkstaat“.

Abonnements-Einladung.

Mit Nr. 35 beginnt das IV. Quartalsabonnement der in New-York wöchentlich einmal erscheinenden

„Arbeiterzeitung“.

Die bisherigen Leser derselben werden ersucht, ihr Abonnement rechtzeitig zu erneuern, damit keine Unterbrechung in der Zusendung eintritt. Probenummern werden gegen Einsendung von 5 Pf. — 2 kr. (abdr. für Porto franco versandt). Preis pro Quartal 1 Thlr. 5 Gr. Kreuzbandporto für Deutschland und Oesterreich 5 Gr. Zu zahlreichem Abonnement laden ein Die Expedition des „Volkstaat“.

Briefe und Sendungen an die Redaktion und Expedition

sind einfach zu adressiren: Redaktion des Volkstaat in Leipzig, Hohe Straße 4 Expedition des Volkstaat in Leipzig, Zeißerstraße 44. Abfender von Briefen etc. bitten wir um genaue und leserliche Adressenangabe. Vertreter von Vereinen etc. wollen stets die Namen der Vereine nebst ihrer eigenen Unterschrift beifügen. Schmutzige und zerstückelte, die durch Unterlassung der vorbenannten Regeln entstehen, können wir nicht verantworten. Leipzig.

Die Redaktion und Expedition des Volkstaat. Leipzig: Verantw. Redakteur: M. Preißner. (Redaktion und Expedition Zeißerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei